

Zeitschrift: Mitteilungsblatt für die Schweizer im Fürstentum Liechtenstein
Herausgeber: Schweizer-Verein im Fürstentum Liechtenstein
Band: - (1971)
Heft: 3

Artikel: Nur 7 von 100 Volksinitiativen angenommen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-938692>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

63 Prozent der in Liechtenstein arbeitenden Ausländer sind heute in Industrie und Handwerk tätig, rund 1500 Personen entfallen auf das Dienstleistungsangebot im weitesten Sinn, während in der Urproduktion Liechtensteins nur noch wenige ausländische Arbeitskräfte beschäftigt sind.

Die Liechtensteiner Wirtschaft "nationalisiert" sich.

Im Gegensatz zur Schweiz war im Fürstentum Liechtenstein grundsätzlich für die Ausländer bei Wohnsitz- und Arbeitsaufnahme stets eine Bewilligung nötig. Eine Ausnahmebehandlung erfahren die Schweizer, seit die Schweiz in einer Wirtschafts- und Zollunion mit dem Fürstentum Liechtenstein steht, die natürlich auch den Arbeitsmarkt praktisch einschließt. Umgekehrt können die Liechtensteiner, die in der Schweiz wohnen und arbeiten, auf eine bevorzugte Rechtsstellung zählen. Im Zuge der Industrialisierung des Fürstentums leisteten Schweizer Unternehmer die hauptsächlichsten Beiträge, und auch die industriell-technischen Führungskräfte waren lange Zeit weitgehend Schweizer. Seither wuchs im Fürstentum eine liechtensteinische Spezialindustrie mit hoher Leistungsfähigkeit und gleichzeitig eine Generation liechtensteinischer Führungskräfte und teils Wissenschaftler heran. Die liechtensteinische Wirtschaft "nationalisiert" sich zunehmend, wenn dieser Ausdruck gestattet ist, ja sie expandiert ins vorarlbergische und ganz besonders ins schweizerische Ausland. Liechtensteinische Produkte können heute, wie die schweizerischen, fast in aller Welt gekauft werden und sind anerkannt. Dieses praktische Beispiel einer innereuropäischen Integration ohne Vormachtstreben eines Partners beweist, dass industriell weniger entwickelte Länder bei intensivster Zusammenarbeit mit andern Ländern innerhalb kürzester Zeit den Anschluss an die weitentwickelten Industrieländer finden, ja diese zu guter Letzt teils sogar überflügeln können, ohne selbst Schaden zu nehmen.

Nur 7 von 100 Volksinitiativen angenommen

Von den seit 1891 eingereichten eidgenössischen Volksinitiativen haben Volk und Stände nur 7 angenommen, nämlich: 1893 das Verbot des Schlachtens ohne vorherige Betäubung, 1908 das Absinthverbot, 1918 die Einführung der Proporzwahl des Nationalrates, 1921 die Einführung des Staatsvertragsreferendums, 1920 das Verbot der Errichtung von Spielbanken, 1928 eine Änderung des Spielbankenartikels, 1949 Initiative betreffend Rückkehr zur direkten Demokratie.

46 Volksbegehren wurden in der Volksabstimmung verworfen, wobei in drei Fällen der Gegenentwurf der Bundesversammlung angenommen, in einem Fall auch dieser verworfen wurde.

Insgesamt 34 der 100 Volksbegehren wurden zurückgezogen, davon 27 ohne Bedingung und 7 zugunsten eines Gegenentwurfes der Bundesversammlung. 2 Volksbegehren wurden als ungültig bzw. nicht zustande gekommen erklärt, und 11 Initiativen sind zurzeit noch hängig.